

Niederschrift
über die 26. Sitzung des Landschaftsausschusses
am 27.04.2018 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dr. Ammermann, Gert
Einmahl, Rolf
Henk-Hollstein, Anne
Natus-Can M.A., Astrid
Prof. Dr. Peters, Leo
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef

SPD

Recki, Gerda
Prof. Dr. Rolle, Jürgen
Schmerbach, Cornelia
Soloeh, Barbara
Prof. Dr. Wilhelm, Jürgen

für Wucherpennig, Brigitte
Vorsitzender

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beck, Corinna
Fleiß, Rolf

für Bortlitz-Dickhoff, Johannes

FDP

Runkler, Hans-Otto

für Effertz, Lars Oliver

Die Linke.

Zierus, Jürgen

für Detjen, Ulrike

FREIE WÄHLER

Rehse, Henning

Von den Fraktionsgeschäftsstellen

Boss, Frank	CDU
Böll, Thomas	SPD
Klemm, Ralf	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Schulte, Felix	Die Linke.
Schmitz, Heinz	FREIE WÄHLER

Verwaltung:

LVR-Direktorin Lubek, Ulrike
Erster Landesrat Limbach, Reiner
LVR-Dezernentin Hötte, Renate
LVR-Dezernent Althoff, Detlef
LVR-Dezernent Bahr, Lorenz
LVR-Dezernentin Prof. Dr. Faber, Angela
LVR-Dezernent Lewandrowski, Dirk
LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski, Martina

Babczyk, Michaela, LVR-Fachbereich 06
Bayer, Kathleen, LVR-Fachbereich 03
Dannat, Knut, Leiter LVR-Fachbereich 14
Klaus, Tobias, persönlicher Referent LD'in
Pleus, Alfred, LVR-Fachbereich 06 (Protokoll)
Rafie, Tanaz, Leiterin LVR-Fachbereich 06
Schiele, Corinna, stellv. Vorsitzende GPR
Prof. Dr. Schleper, Thomas, Leiter LVR-Fachbereich 92
Soethout, Guido, Leiter LVR-Fachbereich 21
Volkwein, Arnold, LVR-Fachbereich 21

Gäste:

Traeder, Thomas, Mitglied der LVers (Allianz in der LVers)

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Beratungsgrundlage</u>
1. Anerkennung der Tagesordnung	
2. Niederschrift über die 25. Sitzung vom 19.03.2018	
3. Vorbereitung der 12. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland	
3.1. Stellungnahme des LVR zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW)	14/2659 B
3.2. Resolution zur Landesbauordnung NRW	Antrag 14/191/1 Die Linke. E
3.3. Tagesordnung für die 12. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 02.05.2018	14/2531 K
4. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2017	14/2451 K
5. Urlaubs- und Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderung	14/2532/1 B
6. Fachpersonal für den LVR erfolgreich halten, finden und binden - Qualität der Aufgabenerfüllung sichern	14/2586 K
7. Wegfall des 11-monatigen Beförderungsaufschubes	14/2564 B
8. LVR-Zentralverwaltung: Erneuerung der Gebäudeautomation in den Dienstgebäuden "Landeshaus" und "Horion-Haus" hier: Grundsatzbeschluss	14/2454 B
9. Fortschreibung des Maßnahmenkonzeptes für das Förderprogramm NRW.BANK.Gute Schule 2020 und Bericht über die Fortschreibung des Schulinvestitionspaketes	14/2573 B
10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in 2017	14/2572 B
11. Nachtragshaushalt 2018	
11.1. Entwurf zum Nachtragshaushalt 2018 hier: Zuständigkeiten des Landschaftsausschusses	14/2467/1 B
11.2. Einwendungen im Rahmen der Benehmensherstellung zur Absenkung des Umlagesatzes für das Haushaltsjahr 2018	14/2570 E

- | | | |
|-------|--|--------------------------------|
| 11.3. | Nachtragssatzung und Nachtragshaushalt des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2018 | 14/2575 E |
| 12. | Ersatzbenennung für den Landesjugendhilfeausschuss | 14/2604 B |
| 13. | Umbesetzung in Gremien | |
| 13.1. | Umbesetzung in der Verbandsversammlung Zweckverband Region Aachen | Antrag
14/207 CDU B |
| 14. | Nebentätigkeiten der Landesdirektorin | 14/2595 K |
| 15. | Genehmigung von Dienstreisen | 14/2561 B |
| 16. | Stiftung Zollverein | |
| 16.1. | Stiftung Zollverein;
Neubestellung für das im Einvernehmen zwischen dem Land NRW, der Stadt Essen und dem LVR zu bestellende Mitglied im Stiftungsrat
hier: Dringlichkeitsentscheidung | 14/2584 K |
| 16.2. | Stiftung Zollverein;
hier: Neubestellung für die im Einvernehmen zwischen dem Land NRW, der Stadt Essen und dem LVR zu bestellenden Mitglieder des Kuratoriums | 14/2580 B |
| 17. | Anfragen und Anträge | |
| 18. | Besondere Vorkommnisse | |
| 19. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|---|------------------|
| 20. | Niederschrift über die 25. Sitzung vom 19.03.2018 | |
| 21. | Personalmaßnahmen | |
| 21.1. | Besetzung der Leitung des LVR-Fachbereiches 42 - Kinder und Familie | 14/2587 B |
| 21.2. | Personalmaßnahmen
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 14/2590 B |
| 22. | ENERGETICON gGmbH
Neuordnung der Beteiligungsstruktur und Sicherstellung der langfristigen finanzwirtschaftlichen Ausstattung der Gesellschaft | 14/2583 B |
| 23. | LVR-Klinik Langenfeld
hier: Vergabe der losen Möblierung (Lieferung, Koordinierung und Montage) | 14/2598 B |
| 24. | Anfragen und Anträge | |
| 25. | Besondere Vorkommnisse | |

26. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:25 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:10 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:20 Uhr
Ende der Sitzung:	11:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die 2. aktualisierte Tagesordnung vom 26.04.2018.

"Die Mitglieder des Landschaftsausschusses erklären sich mit der 2. aktualisierten Tagesordnung einverstanden."

Punkt 2

Niederschrift über die 25. Sitzung vom 19.03.2018

Keine Einwendungen

Punkt 3

Vorbereitung der 12. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland

Punkt 3.1

Stellungnahme des LVR zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) Vorlage 14/2659

Frau Lubek erinnert an den Auftrag aus der letzten Sitzung des Landschaftsausschusses vom 19.03.2018, die Verwaltung solle versuchen, mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine gemeinsame Position zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes in Nordrhein-Westfalen (BauModG NRW) zu ermitteln. Dies sei leider nicht geglückt, so dass die Vorlage Nr. 14/2659 ausschließlich den Entwurf einer Stellungnahme des LVR beinhalte. Die Stellungnahme sollte unverzüglich dem Land zugeleitet werden, da bereits am 04.05.2018 eine Anhörung im Landtag stattfindet. Der LVR habe sich u.a. dafür eingesetzt, eine Änderung des § 39 BauModG NRW, in dem es darum gehe, ab welchem Geschoss Fahrstühle verbindlich eingesetzt werden müssen, zu bewirken.

Die Verwaltung habe gestern kurzfristig eine Tischvorlage in die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte eingebracht.

Darüber hinaus sei vorgesehen, dass sich der Beirat für Inklusion und Menschenrechte in seiner nächsten Sitzung am 11.06.2018 mit der Thematik auseinandersetzen könne. Die Verwaltung hoffe, dass ihr Vorschlag, den Bedarf an rollstuhlgerechten Wohnraum dezidiert zu erheben, um dann mit einem gezielten Förderprogramm diesen Bedarf entsprechend zu befriedigen, Unterstützung finde.

Frau Lubek verweist auf das ausgeteilte Beratungsergebnis des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 26.04.2018. In der gestrigen Sitzung wurden insbesondere die §§ 49 Abs. 2 und 72 Abs. 7 BauModG NRW diskutiert und beraten. Die Verwaltung hatte in dem Entwurf der Stellungnahme zu den diskutierten Aspekten bereits Bezug genommen, gerade auch im Hinblick auf die unbestimmten Rechtsbegriffe. Der Absatz 7 in § 72 BauModG NRW sei im Gesetzesentwurf eingefügt worden, im Referentenentwurf habe eine solche Regelung gefehlt.

Strittig sei diskutiert worden, ob nach 72 Abs. 7 BauModG NRW auch private Bauherren öffentlicher Gebäude verpflichtet werden sollten, dem zuständigen Behindertenbeauftragten oder der örtlichen Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung die Gelegenheit einzuräumen, zu Aspekten der Barrierefreiheit eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Beck unterstützt vom Grundsatz her den Entwurf der Stellungnahme, der viele gute Punkte enthalte. Die Stellungnahme gehe in die richtige Richtung, bleibe aber auf dem Weg stehen. Dem Ziel, für alle Menschen mit allen erdenklichen Formen von Beeinträchtigung Lösungen zu finden, dem werde die Stellungnahme nicht gerecht. Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei die sogenannte R-Quote der Knackpunkt. Es müsste selbstverständlich sein, Wohnungen so zu planen, dass sie auch für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen nutzbar seien. Hier gehe die Stellungnahme nicht weit genug, vielmehr müsse eine gesetzliche Regelung gefordert werden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN könne der Vorlage deshalb in dieser Fassung nicht zustimmen.

Herr Zierus hätte sich eine gemeinsame Stellungnahme mit dem LWL gewünscht. Die Fraktion Die Linke. habe einige Kritikpunkte zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes, die im vorliegenden Entwurf der Stellungnahme nicht zum Ausdruck kämen.

Es sei unverständlich, dass das Eigentumsrecht ausschlaggebend dafür sein solle, wer mitbestimme, wie ein Bauwerk zu errichten sei. Ausgangspunkt müsse die Frage nach der Behinderung bleiben.

Hinsichtlich der R-Quote unterstützt er die Aussagen von Frau Beck. Die Behindertenverbände hätten deutlich gemacht, dass nicht auf eine R-Quote verzichtet werden solle. Er kritisiert, dass sich die Verwaltung im Entwurf der Stellungnahme nicht deutlicher positioniere und lediglich auf Förderprogramme zurückgreife.

Einige Begrifflichkeiten seien unscharf formuliert. Hier hätte sich die Fraktion Die Linke. klarere Formulierungen gewünscht. Wohnungen können nicht barrierefrei für alle Menschen sein, wenn diese nicht zugleich für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen barrierefrei nutzbar seien.

Er kündigt an, dass die Fraktion Die Linke. dem Entwurf der Stellungnahme in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen werde.

Herr Einmahl verdeutlicht, dass die R-Quote sicher das Kernproblem sei. Bislang gelte, dass in Gebäuden mit mehr als 8 Wohnungen eine Wohnung und in Gebäuden mit mehr als 15 Wohnungen zwei Wohnungen rollstuhlgerecht sein müssen. Diese Regelung entfalle zukünftig. Dafür solle die grundsätzliche Barrierefreiheit bei allen Wohnungen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen sichergestellt werden. Es müsse jedoch vermieden werden, dass teuer errichtete rollstuhlgerechte Wohnungen nicht entsprechend genutzt würden. Dazu müsse der Bedarf ermittelt werden. Wenn heute jemand plötzlich in die Situation gerate, auf eine rollstuhlgerechte Wohnung angewiesen zu sein, gebe es ein ausgefeiltes System der Hilfeleistungen, um eine Wohnung in eine rollstuhlgerechte Wohnung umzugestalten. Die Verpflichtung, rollstuhlgerechte Wohnungen zu bauen, obwohl der Bedarf nicht feststehe, führe zu Fehlinvestitionen.

Er hebt positive Neuregelungen hervor:

- Verringerung der Abstandsflächen bei einem Anbau eines Außenaufzuges an Bestandsgebäuden
- Verkürzung der Fristen hinsichtlich der Bearbeitung von Bauanträgen

Herr Prof. Dr. Rolle berichtet über die Beratungen im Ausschuss für Inklusion. Er ergänzt, dass die Vorgaben bei den weiteren Bauvorhaben der "Bauen für Menschen GmbH - Ein Unternehmen für inklusiven Wohnungsbau des Landschaftsverbandes Rheinland" (zuvor Rheinische Beamten-Baugesellschaft mbH) umgesetzt werden. Die Vorsitzende des Beirates für Inklusion und Menschenrechte habe gestern in der Sitzung darauf hingewiesen, die Rollstuhlgerechtigkeit nicht nur aus der Sicht der Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen zu betrachten, die eine entsprechende Wohnung nutzen. Dieser Personenkreis sei auch auf barrierefreie Wohnungen angewiesen, wenn sie andere Personen besuchen wollten.

Frau Beck äußert sich kritisch zu den Ausführungen von Herrn Einmahl. Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention sei es, den Menschen mit Behinderung die selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu gehöre auch eine freie Wohnungswahl. Deshalb sollte über eine R-Quote ausreichend rollstuhlgerechter Wohnraum geschaffen werden.

Herr Runkler hält die Stellungnahme für ausgewogen, sie benenne die Probleme und zeige Lösungsansätze auf. Es fehle aber die klare Positionierung zur Streitfrage, ob die rollstuhlgerechte Wohnung quotiert werden solle. Er weist darauf hin, dass die behinderungsgerechte Lösung für eine Art der Behinderung oft ein Erschwernis für andere Behinderungen darstelle.

Er informiert über den Neubau eines Pflegeheimes in Oberhausen, bei dem aufgrund der Empfehlung des LVR sämtliche Zimmer rollstuhlgerecht ausgestattet werden. Dies habe nicht nur erhebliche Mehrkosten zur Folge, sondern auch erhebliche Einschränkungen für die Benutzer, die nicht auf einen Rollstuhl angewiesen seien.

Er hält eine Bedarfserhebung für zielführend.

Nach der weiteren Diskussion, an der sich die **Herren Prof. Dr. Rolle, Runkler, Zierus** und **Wörmann** beteiligen, fasst **der Vorsitzende** das Ergebnis dahingehend zusammen, dass die Stellungnahme noch am 27.04.2018 an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, den Landtagspräsidenten und die Vorsitzenden der Fraktionen im Landtag per E-mail versandt wird.

Der Landschaftsausschuss fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. folgenden Beschluss:

"Dem Entwurf der Stellungnahme des LVR zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz NRW (BauModG NRW) und der Übersendung an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen wird gemäß Vorlage Nr. 14/2659 zugestimmt."

Punkt 3.2 **Resolution zur Landesbauordnung NRW** **Antrag 14/191/1 Die Linke.**

siehe TOP 3.1

Der Antrag Nr. 14/191/1 der Fraktion Die Linke. wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Stimmen der Fraktionen von

Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. **abgelehnt.**

Punkt 3.3

Tagesordnung für die 12. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 02.05.2018

Vorlage 14/2531

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf verständigt hätten, keine Haushaltsreden zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2018 zu halten.

"Die Tagesordnung für die 12. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 02.05.2018 wird gemäß Vorlage 14/2531 zur Kenntnis genommen."

Punkt 4

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2017

Vorlage 14/2451

Keine Anmerkungen

"Der Entwurf des Jahresberichtes 2017 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 14/2451 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 05.07.2018 geplant.

Anschließend wird der Bericht für das Berichtsjahr 2017 in einer Broschüre veröffentlicht.

Der Bericht wird am 06.12.2018 wieder im Rahmen einer Fachveranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ mit Vertretungen der Menschen mit Behinderungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert."

Punkt 5

Urlaubs- und Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderung

Vorlage 14/2532/1

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"1. Der Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Finanzierung von Urlaubs- und Freizeitmaßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verlängerung der Förderung von Urlaubs- und Freizeitmaßnahmen um weitere drei Jahre bis zum 31.12.2021 wird beschlossen."

Punkt 6

Fachpersonal für den LVR erfolgreich halten, finden und binden - Qualität der Aufgabenerfüllung sichern

Vorlage 14/2586

Keine Anmerkungen

"Der erste Teil der Antwort der Verwaltung zum Antrag 14/193 der Fraktionen von CDU

und SPD 'Fachpersonal für den LVR erfolgreich halten, finden und binden - Qualität der Aufgabenerfüllung sichern' wird gemäß Vorlage Nr. 14/2586 zur Kenntnis genommen."

Punkt 7

Wegfall des 11-monatigen Beförderungsaufschubes Vorlage 14/2564

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der 11-monatige Beförderungsaufschub wird gemäß Vorlage Nr. 14/2564 mit sofortiger Wirkung abgeschafft."

Punkt 8

LVR-Zentralverwaltung: Erneuerung der Gebäudeautomation in den Dienstgebäuden "Landeshaus" und "Horion-Haus" hier: Grundsatzbeschluss Vorlage 14/2454

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der Planung zur Erneuerung der Gebäudeautomation in den Liegenschaften 'LVR-Landeshaus' und 'LVR-Horion-Haus' wird gemäß Vorlage 14/2454 im Grundsatz zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Planung beauftragt."

Punkt 9

Fortschreibung des Maßnahmenkonzeptes für das Förderprogramm NRW.BANK.Gute Schule 2020 und Bericht über die Fortschreibung des Schulinvestitionspaketes Vorlage 14/2573

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"1. Das fortgeschriebene Maßnahmenkonzept als Grundlage für die Inanspruchnahme der Förderung aus dem Förderprogramm 'NRW.Bank.Gute Schule 2020' wird beschlossen.

2. Der Bericht über die Fortschreibung der Schulbaumaßnahmen (Schulinvestitionspaket) wird zur Kenntnis genommen."

Punkt 10

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in 2017 Vorlage 14/2572

Auf die Frage von **Herrn Einmahl** zur Ersatzbeschaffung einer gestohlenen Kamera führt **Frau Hötte** aus, dass der LVR eine Versicherungsentschädigung in Höhe von 15.500 € erhalten habe.

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

"1. Den genehmigungspflichtigen überplanmäßigen Aufwendungen und überplanmäßigen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in 2017 wird gemäß Vorlage Nr. 14/2572 zugestimmt.

2. Die anzeigepflichtigen überplanmäßigen Aufwendungen sowie über- und außerplanmäßigen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Jahr 2017 werden gemäß Vorlage Nr. 14/2572 zur Kenntnis genommen."

Punkt 11
Nachtragshaushalt 2018

Punkt 11.1
Entwurf zum Nachtragshaushalt 2018
hier: Zuständigkeiten des Landschaftsausschusses
Vorlage 14/2467/1

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Dem Entwurf des Nachtragshaushaltes 2018 für die Produktgruppe PG 043 aus dem Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage 14/2467/1 zugestimmt."

Punkt 11.2
Einwendungen im Rahmen der Benehmenserstellung zur Absenkung des Umlagesatzes für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage 14/2570

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Zu den erhobenen Einwendungen der Mitgliedskörperschaften wird gemäß der Vorlage 14/2570 wie folgt beschlossen:

1. Die vorliegenden Einwendungen

- zur Ermittlung von weiteren Haushaltsverbesserungen zur weiteren Umlagesatzabsenkung in 2018 sowie
- zur vollständigen Weiterleitung der Haushaltsverbesserungen 2018 werden zurückgewiesen.

2. Den Einwendungen der Mitgliedskörperschaften zu den geforderten fortzusetzenden Konsolidierungsbemühungen wird aufgrund des dritten Konsolidierungsprogramms und der restriktiven Bewirtschaftung bereits entsprochen. Die Einwendungen werden zurückgewiesen.

3. Die Einwendung zur Berücksichtigung der positiven finanzwirtschaftlichen Entwicklung über den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung des Nachtragshaushaltes 2018 wird zurückgewiesen."

Punkt 11.3
Nachtragssatzung und Nachtragshaushalt des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage 14/2575

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Der Nachtragssatzung des Haushaltsjahres 2018 einschließlich Nachtragshaushaltsplan

und Anlagen wird gemäß Vorlage zugestimmt."

Punkt 12
Ersatzbenennung für den Landesjugendhilfeausschuss
Vorlage 14/2604

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der Landschaftsausschuss erhebt gegen den Vorschlag der LAG FW NRW keine Einwände und schlägt dem Ministerium für für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Michael Mommer als Nachfolger für das ausgeschiedene stellvertretende stimmberechtigte Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses, Frau Anita Stieler, gemäß Vorlage Nr. 14/2604 vor."

Punkt 13
Umbesetzung in Gremien

Punkt 13.1
Umbesetzung in der Verbandsversammlung Zweckverband Region Aachen
Antrag 14/207 CDU

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der Landschaftsausschuss stimmt folgender Umbesetzung mit Wirkung zum 01.05.2018 zu:
Zweckverband Region Aachen - Verbandsversammlung (ordentliches Mitglied)
Besetzung (alt): Axel Wirtz
Besetzung (neu): Franz Plum"

Punkt 14
Nebentätigkeiten der Landesdirektorin
Vorlage 14/2595

Keine Anmerkungen

"Der Landschaftsausschuss nimmt die Aufstellung der Landesdirektorin über ihre Nebentätigkeiten und die daraus erzielten Vergütungen für das Jahr 2017 gemäß Vorlage 14/2595 zur Kenntnis."

Punkt 15
Genehmigung von Dienstreisen
Vorlage 14/2561

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"1. Der Teilnahme der Mitglieder des Ausschusses für Inklusion an den Inklusionstagen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 04. bis zum 05. Dezember 2017 in Berlin wird nachträglich zugestimmt.

2. Der Dienstreise von Frau Kersten, Mitglied des EUREGIO Rates, zur Sitzung für die

Projektplanung 'Junge Wilden' der EUREGIO wird nachträglich zugestimmt."

Punkt 16
Stiftung Zollverein

Punkt 16.1
Stiftung Zollverein;
Neubestellung für das im Einvernehmen zwischen dem Land NRW, der Stadt Essen und dem LVR zu bestellende Mitglied im Stiftungsrat
hier: Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage 14/2584

Keine Anmerkungen

"Die Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß Vorlage Nr. 14/2584 zur Kenntnis genommen."

Punkt 16.2
Stiftung Zollverein;
hier: Neubestellung für die im Einvernehmen zwischen dem Land NRW, der Stadt Essen und dem LVR zu bestellenden Mitglieder des Kuratoriums
Vorlage 14/2580

Der Landschaftsausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der Landschaftsausschuss stimmt dem Vorschlag des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW für die im Einvernehmen zwischen dem Land NRW, der Stadt Essen und dem LVR zu bestellenden Mitglieder des Kuratoriums zu.

Die Zustimmung erfolgt unter der Maßgabe, dass der Rat der Stadt Essen eine entsprechende Beschlusslage herbeiführt."

Punkt 17
Anfragen und Anträge

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 18
Besondere Vorkommnisse

Keine Berichterstattung über Besondere Vorkommnisse

Punkt 19
Verschiedenes

Herr Limbach informiert über den Abschluss der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen sowie über dessen Auswirkungen auf den LVR. Der Tarifabschluss habe eine Laufzeit von 30 Monaten und bedeute für den LVR ein Mehr an Personalkosten in Höhe von ca. 10 Mio. €. Abzuwarten sei, wie sich der Tarifabschluss auf die Vergütungsverhandlung des überörtlichen Sozialhilfeträgers mit

den Wohlfahrtsverbänden niederschlage.

Köln, 25.05.2018

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Wilhelm

Köln, 19.05.2018

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

Lubek